

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1907**

195 (23.8.1907) Erstes Blatt

# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

**Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis:** ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.22 vierteljährlich.

**Redaktion und Expedition:** Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

**Inserate:** die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer donnerstags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, abgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 195. Erstes Blatt. Karlsruher, Freitag den 23. August 1907. 27. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst 8 Blätter mit zusammen 8 Seiten.

Der Roman befindet sich im zweiten Blatt.

## 7. internationaler Sozialistenkongress.

(Aus den Kommissionen.)  
**Frauenwahlrecht.**

Stuttgart, 20. August.  
Singer

Bei den Vorjahren. Der Beratung liegt die von der internationalen Frauenkonferenz beschlossene Resolution vor. Es wird beschlossen, zunächst eine General-Konferenz stattfinden zu lassen.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

Wibaut (Holland).  
Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist der Meinung, daß es genügt, die letzten drei Absätze der Resolution anzunehmen, die den eigentlichen substantiellen Inhalt enthalten. Die allgemeinen Auseinandersetzungen am Anfang halten wir für weniger wichtig.

vorgeschlagen, daß dies in einem besonderen Passus anerkannt werde. Wenn aber Genossin Zellin meint, es sei besser, wenn dieser Zusatz nicht hineinkommt, so sage ich Ihnen, daß das an dem Verlauf der Dinge gar nichts ändern wird. (Sehr richtig!) Nehmen Sie unseren Antrag an, so beweisen Sie damit, daß Sie soviel politisches Verständnis haben, um zu wissen, daß die politische Konstellation in jedem Lande ergibt, was in diesem Lande in einem bestimmten Moment möglich und wünschenswert ist. (Bravo!)

Boyer (Belgien).  
wendet sich dagegen, daß eine fertige Resolution vorgelegt werde. Gestern habe man Feminismus gemacht, heute werde Sozialismus gemacht. Er legt eine Resolution vor, wonach in allen Ländern, wo das allgemeine Wahlrecht besteht, eine Ausdehnung auf die Frauen, und überall dort, wo es nicht besteht, das allgemeine Wahlrecht für alle Männer und Frauen zu verlangen ist.

Frau Dr. Belleier (Paris).  
wendet sich gegen den österreichischen Vorschlag. Nach ihrer Erfahrung werde es dann den Männern nie opportun erscheinen, das Frauenwahlrecht zu erkämpfen, die Frauen würden immer mit Sympathieerklärungen abgesehrt werden. Sie protestiert dagegen, daß die Frauenkonferenz Feminismus getrieben habe, und schließt sich der Resolution Boyer an, die nach ihrer Meinung die Notwendigkeit des stufenweisen Vorgehens am besten präzisieren.

Abelheid Popp (Wien).  
Ich habe nicht nur in den Sozialistischen Monatsheften gesagt, daß von dem Frauenwahlrecht in den Versammlungen zu wenig gesprochen worden sei, sondern habe dasselbe stets in den Kreisen der Genossen betont. Wenn die Genossen auch zehnmal mehr für das Frauenwahlrecht tun als heute, werden wir doch noch immer sagen, daß sie zu wenig tun. Genossin Zellin meinte, eine Füge wäre uns nicht erteilt worden. Tatsache ist doch aber, daß unser Verhalten mißbilligend kritisiert werden ist schon in Mannheim, wo mir leider das Wort zur Aufführung verweigert wurde. Unseren Antrag können Sie ruhig annehmen. Wir sind der Meinung, daß es nicht Aufgabe der sozialistischen Frauen allein, sondern Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien ist, den Kampf um das Wahlrecht zu führen. Sehr fördern wir die Sache des Frauenwahlrechts, wenn die Kommission dem Kongress vorschlagen würde, es sollen zu einer bestimmten Zeit in allen Ländern große Massenversammlungen aller Sozialdemokraten für das Frauenwahlrecht stattfinden. (Bravo!)

Miß Keow (London).  
unterstützt den Vorschlag der Holländer, nur die drei letzten Absätze der Resolution der deutschen Genossinnen anzunehmen. Sie konstatiert, daß den englischen Genossinnen fälschlich berichtet worden sei, die österreichischen Genossinnen seien von den österreichischen Genossen gewungen worden, von dem Frauenwahlrecht abzusehen, und sie freut sich, hier zu hören, daß die österreichischen Frauen mit dieser Taktik einverstanden waren. Die Rednerin schlägt schließlich folgenden Zusatz zu der Resolution vor: „Der internationale Kongress erkennt an, daß es nicht angebracht sei, für jedes Land die genaue Zeit anzugeben, wo ein Wahlrechtskampf anzufangen sei, erklärt jedoch, daß, wenn ein Kampf für das Wahlrecht geführt wird, er nur nach den sozialistischen Prinzipien geführt werden solle, also mit der Förderung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen und Männer.“ (Bravo!)

De Waffer (Belgien).  
erklärt sich mit der Resolution Boyer einverstanden.

Klara Zellin.  
Mir scheint, daß man verkennt, worum es sich eigentlich handelt. Wir wünschen nicht eine erneute Prinzipienklärung für das Frauenwahlrecht, sondern es handelt sich für uns darum, einen Schritt vorwärts zur Verwirklichung des allgemeinen Frauenwahlrechts zu tun. (Bravo!) Die Frage ist, welcher Weg ist dazu zu beschreiten? Dabei sind wir der Meinung, daß der Kampf für das Frauenwahlrecht nicht losgelöst werden kann von den Wahlrechtskämpfen des männlichen Proletariats. Wir wehren uns dagegen, daß aus tatsächlichen Erwägungen das Frauenwahlrecht aus den jeweiligen Wahlrechtskämpfen ausgegliedert wird. Natürlich sind wir nicht so politisch ungeschickt, daß wir verlangen, daß die sozialistischen Parteien aller Länder in jedem Wahlrechtskampf unter allen Umständen aus der Forderung des Frauenwahlrechts den Grund und Stoff des Kampfes machen. Das wird von der historischen Entwicklung in den einzelnen Ländern abhängen. Wenn wir die Taktik kritisieren, die das Frauenwahlrecht von vornherein kampflös in die Tasche steckt, so verstehen wir damit nicht die Pflicht der internationalen Solidarität, die nicht darin besteht, daß wir alles loben und nachsahen, was eine Partei des Auslandes tut. Vor allem bitte ich Sie schließlich nochmals, auch die scharfe prinzipielle Ablehnung des beschränkten Frauenwahlrechts, die wir beantragen haben, anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Die Generaldiskussion wird hierauf geschlossen. Die ausführlichen Eingangsabsätze der deutschen Resolution werden mit großer Mehrheit gestrichen, dagegen die von Viktor Adler vorgeschlagene kurze Einleitung einstimmig angenommen.

In der Spezialdiskussion nimmt zunächst das Wort

Miß Mac Milan,  
um das Verhalten der englischen Frauen zu rechtfertigen, die für das beschränkte Frauenwahlrecht eintreten. Die ihnen gemachten Vorwürfe seien unberechtigt. Frauen, die ferner Opfer für ihre Sache brächten, müsse man gutachten, daß sie für ein hohes Ziel eintreten und dürfe nicht davon reden, daß sie sich den reichen Frauen verlaufen hätten. Keir Hardie, der doch sicher für die Interessen des Proletariats eintrete, habe selbst betont,

daß mit der Gründung des von den englischen Frauen erstrebten Wahlrechts 80 Prozent der Frauen das Wahlrecht bekämen.

Mr. Shaw  
würde es für ein großes Unglück halten, wenn in irgend einem Lande ein beschränktes Wahlrecht angenommen würde. Nicht 80 Prozent, sondern 29 Prozent der Frauen würden in England bei Annahme des vorgeschlagen Gesetzes das Wahlrecht bekommen. (Widerpruch von Miß Mac Milan.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der angelegentlichste Änderungsantrag Adlers lautet: „Obwohl es den Parteioptionen in den einzelnen Staaten überlassen bleiben muß, den Augenblick zu bestimmen, in welchem in den Kampf gegen die spezielle Entrechtung der Frauen mit Erfolg eingetreten werden kann, erklärt es der Kongress als Pflicht aller Parteioptionen, seine Unterbrechung in den Wahlrechtskämpfen einzutreten zu lassen, bis das wirkliche allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen errungen ist.“

Dieser Antrag wird mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt, dagegen der Zusatzantrag Keow angenommen, ebenso die zu verändernden drei Absätze der deutschen Resolution. Damit ist die Resolution Boyer erledigt.

Zur Referentin für das Plenum wird die Genossin Zellin gewählt. Damit waren die Arbeiten der Kommission beendet.

## Kommission für Ein- und Auswanderung.

Stuttgart, den 20. August.

Der Vorsitzende Ellenbogen-Wien eröffnet die Sitzung und erteilt als erstem Redner das Wort dem Genossen

Kastke-Rumänien.  
Es gibt zwei Arten von Einwanderungen, eine natürliche, die aus den wirtschaftlichen Verhältnissen entspringt, und eine andere, nämlich die der Streifbrevier, die namentlich von den Regierungen und den Kapitalisten gefördert wird. Es gibt aber noch eine andere Form der Auswanderung, das ist diejenige, die von den Regierungen durch die Massenabweisungen verschuldet wird. In Rumänien sind mehr als 400 000 Juden vollständig rechtlos. Jeder besitzt kein Land, kein Haus, kein Recht, kein Eigentum, keine Familie, keine Zukunft. Redner geht auf die Massenabweisung der rumänischen Juden näher ein und namentlich der jüdischen Arbeiter, die oft über Nacht ohne jeden Heller aus dem Lande gejagt werden. Er fordert die Kommission auf, den sozialistischen Abgeordneten es zur Pflicht zu machen, in allen Parlamenten die Regierungen an solchen Massenabweisungen zu hindern.

Ellenbogen-Wien.  
Die Diskussion bewegt sich in zwei Richtungen. Die einen vertreten das Interesse des Einwanderungslandes, die anderen das der Auswanderer. Zwischen diesen beiden Ansichten scheint keine Vermählung möglich. Dennoch läßt sich hoffentlich eine Einigung erzielen, wenn wir diesen Erörterungen auf den Grund gehen. Ich bitte Sie aber, diese letztere Frage nicht noch mit anderen Fragen zu belasten, wie mit der Lage der Juden in Rumänien. Ein- und Auswanderung sind keine Fragen der Moral, sondern Fragen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Mittel mit denen der Kapitalismus verläßt, seine Profiteure zu erhöhen und die Löhne der Arbeiter zu drücken. Es handelt sich darum, die beiden oben angegebenen Standpunkte zu verbinden und in beiden Richtungen Vorstöße zu treffen. Ich glaube, daß dies am besten ist, indem wir negativ vorgehen und alles ausschließen, was von vornherein für Sozialisten unannehmbar ist, wie z. B. alle Ausnahmeweise und alle glanzvollen Abwege. Genossin Zellin wird es mir nicht überheben, wenn ich seine Resolution wegen ihrer unklaren Fassung nicht akzeptieren kann. Wir sollten uns doch vor solchen Unterbrechungen hüten, wie „natürliche“ und „unnatürliche“ Emigration, da es sich dabei um grundsätzliche Bestimmungen handelt. Wir haben aber auch eine Reihe positiver Maßnahmen, bei denen die Hauptaufgaben den Gewerkschaften zufallen. Sie sollen ihre Arme bis ins Auswanderungsland ausstrecken und im Mutterlande der Auswanderer Unterstützung bereiten, wie dies die deutschen Gewerkschaften in Italien in musterhafter Weise getan haben. Sie müssen auch Streifbrevierprotekte zu verhindern suchen. Vor allem aber müssen sich die Gewerkschaften des Einwanderungslandes bemühen, die Einwanderer zu sich herbeizulassen, und ich muß es auf höchste betonen, daß viele amerikanische Gewerkschaften den Einwanderenden den Eintritt erschweren. Eine zweite Reihe von Aufgaben liegt auf dem Wege der sozialen Gesetzgebung. Dem Vorschlag Diners, den Minimallohn zu fordern, ist nach der Maximalarbeitszeit hinzuzufügen. Auch muß das Submissionsverfahren kontrolliert werden. Vor allem aber müssen wir eine genaue Kontrolle der Auswandererkräfte fordern. Schon dadurch würde die chinesische Einwanderung in der schärfsten Form unmöglich werden, da bei Forderung gewisser Aufnahmen pro Kopf in den Kabinen der Transocean unrentabel würde. Ich möchte das Problem so stellen, daß der Kapitalismus darnach trachtet, seine Profiteure zu erhöhen, während wir sie erniedrigen möchten, um den Anreiz der Arbeiter daran zu erhöhen. Ich will nicht durch Illusionen verführter Sozialisten Ihren Beifall erringen, sondern vielmehr ausdrücklich auf die Richtigkeit des Problems hin. (Beifall.)

Chyrs-Wien  
stimmt den Ausführungen Ellenbogens zu und will sie nur ergänzen. Wir müssen vor allem die Herabsetzung der Lebensverhältnisse bekämpfen, einerlei, ob diese herabgedrückt werden durch einheimische oder eingewanderte Arbeiter. Vor allem sind einzelne Arbeiter Streifbrevier. Der fremde Arbeiter, der mit uns für bessere Lebensbedingungen kämpft, steht uns näher, als der einheimische Streifbrevier. Es muß vor allem das Herabdrücken der Löhne verhindert werden. Hier muß auch die Wohnungsfrage eingetrennt werden. Denn die italienischen Arbeiter werden meist in so elenden Massenquartieren untergebracht, daß schon dadurch der Profit der Kapitalisten erhöht wird. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das hier eingetrennt werden muß. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das hier eingetrennt werden muß. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das hier eingetrennt werden muß.

Kato-Japan.  
Als Vertreter der japanischen Sozialisten muß ich hier in einer ganz speziellen Frage das Wort ergreifen. Die

Amerikaner haben uns aus Kalifornien ausgewiesen und begründen dies mit zwei Punkten: 1. daß die japanischen Arbeiter den Lohn und die Lebenslage der einheimischen Arbeiter herabdrückten, 2. daß sie ihnen die Arbeitsgelegenheit wegnahmen. Dagegen möchte ich einwenden, daß dies nicht nur die Japaner, sondern auch die Italiener, Slowaken, Juden usw. tun. Ich frage daher, warum man gerade die japanischen Arbeiter ausweist? Mir scheint es, daß hier die Massenfrage eine Rolle spielt, daß die Amerikaner sich vor der roten Gefahr scheuen lassen. Die Geschichte der amerikanischen Nation bestätigt diese Anschauung. Eine weitere Ursache scheint mir zu sein, daß die amerikanischen Sozialisten ihren Arbeitern schmeicheln wollen. Die Japaner stehen ebenso unter der Fuchel des Kapitalismus, wie andere Völker, und nur bittere Not treibt sie aus ihrem Heimatlande hinaus, um in der Fremde ihr Brot zu suchen. Es ist die Pflicht der Sozialisten, diese armen Arbeiter bei sich aufzunehmen, sie zu schützen und mit ihnen zusammen den Kapitalismus zu bekämpfen. Die Begründer des Sozialismus, vor allem Karl Marx, haben sich nicht an einzelne Nationen gewendet, sondern an alle. Der Internationalismus ist auf unsere Fahnen geschrieben und es hieße dem Sozialismus ins Gesicht schlagen, wenn Sie die armen, ausbeuteten Japaner ausschließen würden. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Dr. Julius Hammer-Vereinigte Staaten (Sozialistische Arbeiterpartei).  
Es gibt keinen Mittelweg in dieser Frage der Ein- und Auswanderung. Entweder muß man für eine Einschränkung der Einwanderung sein, oder eine solche energig bekämpfen. Die Resolution Willkitt ist ein Vermittlungsversuch. Er ist aber vollständig gescheitert. Redner bekämpft speziell den dritten Punkt der Willkitt'schen Resolution, der eine eventuelle Beschränkung der Einwanderung chinesischer und japanischer Arbeiter vorsieht. Das ist durchaus unsozialistisch. Eine gezielte Beschränkung der Einwanderung muß verworfen werden. Auf gesetzgeberischem Wege, durch Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien kann für den Sozialismus nichts erreicht werden. Redner führt zahlreiche Beispiele an, wie der Massenlohn in Amerika auch die Arbeiter verbiete und zu Gewalttaten fortsetze. Die Japaner und Chinesen könnten sehr gut organisiert werden. Es sind keine so unglücklichen Arbeiter, wie man wähnt. Sie lernen den Kapitalismus sehr wohl kennen und auch bekämpfen. Ich bitte Sie, in keine gezielte Einschränkung der Ein- und Auswanderung einzustimmen. Wir müssen eine große Nation der Ausbeuteten bilden.

Ein Antrag Willkitt's-Holland auf Schluß der Generaldebatte wird abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag angenommen, die Zahl der Redner zu beschränken, und zwar auf je einen aus den Nationen, die noch nicht gesprochen haben.

Willkitt-Schizien.  
Wir verfolgen die Debatte aus erklärlichen Gründen mit großer Interesse und sind Anhänger der vollen Freizügigkeit. Wir sind insbesondere gegen die Resolutionen der Amerikaner und Australier und gegen den folgenden Absatz der Resolution Ellenbogen: „Ausschließung derjenigen gewerkschaftlichen Arbeiter von der Einwanderung, welche mit einem Unternehmers Land in einem Kontraktverhältnis stehen, irrtum der Jahre, welche die Masse auf fremde Kosten machen.“ Wir fordern, daß die Sozialisten ein besonderes Auskunfts-bureau für Ein- und Auswanderung errichten, welche der Strom der Auswanderung nach den natürlichen Gesetzen von Angebot und Nachfrage regelt und in Fällen von Streiks vorzugswürdig ist. Ich warne auch vor Annahme des Absatzes aus der Resolution des Bundes, der ein staatliches Auskunfts-bureau fordert. Im übrigen bin ich für die Resolution Ellenbogen.

Marxist-Pole  
erklärt sich für die französische Resolution, die die vollständige Freiheit der Ein- und Auswanderung fordert. Nicht mit Präsen von der allgemeinen Arbeiterklasse beizubehalten wie die Ablehnung der amerikanischen Resolution, sondern damit, daß wir gar nicht inskandieren, diese im Wesen der bürgerlichen Gesellschaft liegenden Verhältnisse wirksam zu bekämpfen. Sind aber die amerikanischen Arbeiter mächtig genug, die im Interesse ihrer Kapitalisten gelegene Einwanderung billiger Arbeitskräfte zu verhindern, so sollten sie anstatt dessen für Minimallohn etc. eintreten, für Gesetz, die auch den Einwanderern zugute kämen. Ferner polemisiert der Redner gegen Willkitt und führt die Aufnahmeregulierungen der Amerikaner auf die bürgerliche Ideologie des Klassenkampfes zurück.

Kahan-England  
erklärt im Namen der ganzen englischen Sektion, er wolle sich nicht in eine theoretische Diskussion einlassen, aber hervorheben müsse er, daß man doch nicht von den revolutionären Absichten einer internationalen Arbeiterklasse reden könne. Das sei doch die Quintessenz des Sozialismus. Die Frage der Ein- und Auswanderung sei von zwei Gesichtspunkten aus zu prüfen. Wenn Willkitt mit seiner Resolution etwas die Einschränkung der Einwanderung bewirkt, Streifbrevier verhindern wolle, dann sei auch er damit einverstanden. Wenn er aber die freiwillige Einwanderung der Arbeiter einschränken wolle, dann sei er entschieden dagegen, denn das wäre ein Verstoß auf die Freiheit und Freizügigkeit der Arbeiter. Das wäre eine Anwendung bürgerlicher Erziehungs-methoden, die auf eine Spaltung des Proletariats hinauszielen. Die Proletarier bilden eine Klasse, die wir nicht innerlich spalten dürfen. Wir müssen uns gegen die Massenunterschiede erheben. Ich empfinde es als eine Schande, daß gerade aus England, dem Land der stärksten gewerkschaftlichen Bewegung, Streifbrevier nach Deutschland gegangen sind. Wir dürfen nicht zwischen höheren und minderwertigen Massen unterscheiden. Die Japaner, deren Vertreter hier soeben mit großer Kraft die Grundlage des Sozialismus betont hat und bei denen der Sozialismus so große und schnelle Fortschritte macht, die sind kein minderwertiges Volk, die können auch organisiert werden.

Walliere-Julien  
schließt sich den Ausführungen Ellenbogens und Diners an, und schließt die Verhältnisse im italienischen Auswanderungsland. Man dürfe nicht die Auswanderer einschränken, sondern die aus der Auswanderung hervorwachenden Mißbräuche dem sind die italienische Partei und Gewerkschaften stets nachzugehen. Wir sind gegen die Beschränkung der Auswanderung, weil wir wissen, daß die Hauptsache, die hinter den Auswanderer steht, stärker ist, als alle Gelege der Regierung.

Wiegner-Schizien.  
Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Arbeiter, die minderwertigen Völkern angehören, leisten auch minderwertige Arbeit. Können sie keine so gefährlichen Kontrakte eingehen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Länder, die für Einschränkungsmaßnahmen sind,

Amerika, Südamerika und Australien, solche sind, in denen im Verhältnis zu ihrer großen Ausdehnung noch wenig weiße Arbeiter sind. In diesen Ländern können noch viele Arbeiter Arbeit finden. Die Einwanderung hat Amerika nicht geschadet, denn gerade hier gibt es ja die höchsten Löhne. Wenn man alle Länder für sich in die höchsten Löhne. Wenn man alle Länder für sich in die höchsten Löhne...

Revolutionen, die der Arbeiter nicht zu überlassen, von der Subkommission geprüft und bearbeitet werden können. In die Subkommission werden gewählt: Ellenbogen, Wiegner, Schippel, Palanoff und Diener-Dinnes.

### Politische Uebersicht.

— Spiel um Volksrechte.

Herr v. Bismarck empfing am Mittwoch den Vorsitzenden der konservativen Fraktion des Reichstags, Herrn v. Norman. Es ist bis zur Gewissheit wahrscheinlich, daß die Unterredung sich ebenso wie jene, die Herr v. Bismarck mit dem Vorsitzenden der nationalliberalen Fraktion Herrn v. Wasser mann hatte, hauptsächlich um die preussische Wahlreform gedreht hat.

Offenbar als Gegenmittel ist ein Artikel gedacht, den der freikonservative Herr v. Jedditz im „Tag“ veröffentlicht. Herr v. Jedditz hat als Agent der Wladreform beim Freisinn gearbeitet und ist offenbar dabei zu der Ueberzeugung gekommen, daß seine Nachbarn von der deutsch-konservativen Fraktion die politische Unfähigkeit der beiden freisinnigen Landtagsfraktionen beträchtlich unterschätzen.

Wir wünschen aufrichtig, daß der liberale Block nicht in Trümmern geht, aber wir wünschen es nur dann, wenn er sich als fähig erweist, eine liberale Politik zu treiben. Soll aber der liberale Block in Baden lediglich das Mittel sein, um den banertrögen Nationalliberalismus aus seinen Schwulstlichkeiten zu befreien, dann wünschen wir und hoffen wir allerdings, daß dieser Block sobald als möglich wieder in die Brüche geht.

### Badische Politik.

m. Traurige Resultate unserer Volksbildung ergab dieser Tage ein Vortrag in einer Karlsruher Werkstätte, in der 7 Lehrlinge beschäftigt sind. Der Lehrmeister sagte zu einem der Lehrlinge, er solle seine fünf Sinne zusammennehmen. Der Lehrling bestritt, daß er fünf Sinne habe und behauptete, er besitze deren nur vier.

Herr. Aber das, was sie viel notwendiger fürs Leben brauchen, wissen sie nicht. Wahrscheinlich, das sind bedenkliche Erscheinungen und Resultate, die aber den nicht wundern, der unsere Volksschulverhältnisse aus eigener Erfahrung kennt. Der Oberlehrer hätte nichtigeres zu tun, als den Fortbildungsschülern den Besuch „gewisser“ Vereinskongressen zu empfehlen.

So schreibt der Mannheimer Generalanzeiger: „Die Sozialdemokratie wie das Zentrum erwarten sich im Reich den Erfolg des Blocks von dem Aufweichen der preussischen Wahlrechtsfrage in radikalem Sinne, und nicht nur mehr das.“

Wir wünschen aufrichtig, daß der liberale Block nicht in Trümmern geht, aber wir wünschen es nur dann, wenn er sich als fähig erweist, eine liberale Politik zu treiben. Soll aber der liberale Block in Baden lediglich das Mittel sein, um den banertrögen Nationalliberalismus aus seinen Schwulstlichkeiten zu befreien, dann wünschen wir und hoffen wir allerdings, daß dieser Block sobald als möglich wieder in die Brüche geht.

Alles was die Nationalliberalen in Bezug auf ihre Haltung zur preussischen Wahlrechtsfrage vorbringen, ist — nationalliberales Gesumser. Daß das jetzige preussische Wahlrecht nicht mehr zu halten ist, begreift schließlich ein politisches Kind. Eine „Reform“, wie sie die Nationalliberalen wollen, ist jederzeit und ohne viel Mühe zu bekommen.

Dem zweiten Passus der Babelschen Resolution folgenden Passus anzufügen: „Um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigentlichen Klassenaufgaben sowie den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzulenkten.“

Wir in Baden haben das allergrößte Interesse daran, daß Preußen dieses Wahlrecht bekommt, denn von allen süddeutschen Staaten ist Baden der von Preußen am meisten abhängige. Die badische Regierung sieht sich in politisch grundlegenden Fragen nur noch als preussischer Vötel und das nicht erst seit der Fall Schänfels geplickt hat. Deshalb heißt es gerade in Baden den nationalliberalen Schwindelgeiern, als ob für den

einmal nicht verstehen. Und das war gerade eine Pietätlosigkeit der Familie Peperplumski gegenüber. Das bedauerliche Resultat dieser pöbelhaften Behandlung war denn auch, daß der kleine Engelbert mit seinen 11 Jahren noch in der Sexta saß, und wenn der Himmel nicht ein Einsehen hatte, müßte Engelbert zu Ostern sein Bündel schnüren, und dann war die Sache böse.

Als nun Engelbert vierzig Jahre alt und auf dem besten Wege zum Geheimat war, sagte sein Armut zu ihm: „Engelbert, mein teurer Peperplumski, mußt heiraten!“

preussischen Landtag das Reichstagswahlrecht nicht eingeführt werden könne, mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten.

### Deutsche Politik.

Pod als Reichstagskandidat.

Der Reichstagsabg. Stubendorff-Babel soll sich mit der Absicht tragen, nach Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode kein Mandat mehr anzunehmen. An seiner Stelle soll dann Erwin Müller-Bodleski kandidieren. Stubendorff ist in Weipreignitz gewählt. In diesem Wahlkreis hat auch die Sozialdemokratie etwas mitzuzugagen. Ein Kampf unserer Partei mit Pod kann lustig werden.

Der Kohlenstecher.

Mehr und mehr nimmt der Kohlenstecher den Charakter gemeingefährlicher Schamlosigkeit an. Der Schlef. Bg. zufolge hat in Berlin eine Besprechung von Vertretern der bedeutendsten Privatohlegruben stattgefunden, derzufolge vom 1. September ab für Stüd., Mürtel- und Ruckhofen ein Winterzuschlag eintreten soll, der 50—60 Pf. betragen wird. Eine Erhöhung der bisherigen Preise für Industriekohlen dürfte vom 1. Januar oder 1. April ab eintreten.

Es wird die höchste Zeit, daß diesen ausbeuterischen Unwesen ein Ende gemacht wird. Zum Reichstag und die Reichsregierung, sowie die in Betracht kommenden einzelstaatlichen Regierungen in diesem Punkt nicht ihre Pflicht, so wie man darauf denken müssen, wie sich das Volk selbst gegen gewisse loslose Auswüchse schützen kann.

### Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

(5. Sitzung.)

Stuttgart, 22. August. Den Vorschlag führt S. u. M. Als Uebersetzer fungieren Dr. Lindemann, Frau Dr. Lindemann, König und S. u. M.

Dem ersten Passus der Resolution ist folgende Fassung zu geben: „Der Kongreß bekräftigt von neuem die Beschlüsse der früheren internationalen Kongresse gegen den Militarismus und Imperialismus.“ (Es folgt der erste Passus der Resolution Bebel und daran soll angeschlossen: „Diese Kriege ergeben sich mit Notwendigkeit aus den unaufhörlichen Wettrüfungen des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist.“

Dem fünften Absatz der Babelschen Resolution folgen die Worte folgen: „Sowie dahin zu wirken, daß der Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und systematisch Klassenbewußtsein erlärnt wird, so daß die herrschenden Klassen es nicht wagen, sie als Werkzeuge für die Forderung ihrer Klassenherrschaft gegen das kämpfende Proletariat zu gebrauchen.“

Dem letzten Passus der Babelschen Resolution ist folgende Fassung zu geben: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, aufzugeben, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern, die sich nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern muß.“

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksmassen und zur Beweismittelung des Sturzes der kapitalistischen Herrschaft auszunutzen.“

Als nun Engelbert vierzig Jahre alt und auf dem besten Wege zum Geheimat war, sagte sein Armut zu ihm: „Engelbert, mein teurer Peperplumski, mußt heiraten!“

### Die Geheimräte von Gerolstein.

Von Cyprian.

Kennen Sie Gerolstein? Ich meine nicht den rheinischen Ort Gerolstein! Reileide nicht! Ich meine das berühmte Herzogtum — Großherzogtum — Fürstentum — je nachdem — Gerolstein, das Land der endgültigen Möglichkeiten und der grenzenlosen Unmöglichkeit, das Land mit den zehntausend Einwohnern und den zwanzigtausend Beamten. Suchen Sie es nicht auf der Karte. Suchen Sie nicht zwischen den unzähligen deutschen Bundesstaaten! Sie werden sich die Augen in dem Farnegezwir und finden es doch nicht. Es sieht nicht drauf.

Wo man den Jopf noch trägt, wo noch unberühmte, gute, alte Postluft weht — dort ist Gerolstein. Sie verstehen: es braucht nirgend zu sein, — es kann überall sein. Ein merkwürdiges Land, nicht wahr? Ebenso merkwürdig sind seine Bewohner, und deshalb will ich Ihnen diese Geschichte erzählen.

Es mögen etwa 35 Jahre her sein, da saß der Herr Geheimrat Archibald von Peperplumski in seinem Dienstzimmer und sagte: „Na, ja!“ Das ist nun an sich nichts Besonderes, denn er tat dieses jeden Morgen, und jeden Morgen tat er nur dieses; und dann nahm er seine Wappe und ging wieder nach Hause.

Geheimrat geboren und mit einem ganz hohen Orden ausgerüstet in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Sein Großvater auch und sein Urgroßvater auch. Weiter brauche ich wohl nicht zurückgreifen. Es würde eine endlose Reihe werden, denn die Familie ist steinalt und ihre Geschichte mit derjenigen der heimatischen Blumen auf das engste verbunden. Und der Glanz, der von ihrem Namen schon im ältesten Mittelalter ausstrahlte, ergoß sich fortgesetzt über die kommenden Geschlechter und ließ sie nach oben und unten in hellstem Lichte erscheinen.

Jedenfalls waren die Peperplumski auch ohne persönliches Zutun hervorragende Leute und der Wirkliche Geheimrat in der Familie erblich. Ich meine nicht erblich, sondern erblich; er war also erblich. Das wußte Archibald ganz genau, und es war selbstredend, daß auch er „Wirklicher“ werden würde, wie die anderen es geworden waren; ob sie wollten oder nicht.

Und auch sein Sohn — ach, der Sohn! Ja, ja, der Sohn! Dieser war es, welcher in Archibald soeben neben dem Gefühl der Befriedigung das der Sorge aufsteigen ließ. Er war ein hübscher — nun, was soll ich sagen — er konnte sich mit seinen Lehrern nicht recht vertragen und hatte beim Unterricht gewöhnlich eine ganz entgegengesetzte Meinung wie jene. Diese Leute rechneten alle nicht mit der Individualität des kleinen Engelbert, sonst hätten sie wissen müssen, daß er vollkommen im Rechte war, wenn er zum Beispiel auf die Frage, wer das Pulver erfunden habe, zunächst mit den Korporaden der biblischen Geschichte um sich warf, dann die alten Griechen aufmarschieren ließ und schließlich die Heroen des deutsch-französischen Krieges in Parade vorführte. Nicht, daß er es nicht wußte! Er wollte selbstverständlich damit sagen, daß ihm die Sache gleichgültig, aber auch ganz gleichgültig sei, daß das Pulver erfunden haben möge, wer da wolle, und daß er, Engelbert von Peperplumski, oder einer seiner Arien es jedenfalls nicht gewesen sei und auch gar nicht nötig habe, sich mit dergleichen abzumühen. Das war eben seine Eigenart, die Eig-nart aller Peperplumski.

Aber die Lehrer hatten kein Verständnis für die Eigenart seiner Art, sich auszudrücken, oder sie wollten

und als man ihn wegen seines Erfolges lobte, sagte er: „Och!“ Und sein Vater sagte: „Wer hätte das nicht vorhergesehen!“

Als nun Engelbert vierzig Jahre alt und auf dem besten Wege zum Geheimat war, sagte sein Armut zu ihm: „Engelbert, mein teurer Peperplumski, mußt heiraten!“

Als nun Engelbert vierzig Jahre alt und auf dem besten Wege zum Geheimat war, sagte sein Armut zu ihm: „Engelbert, mein teurer Peperplumski, mußt heiraten!“

Als nun Engelbert vierzig Jahre alt und auf dem besten Wege zum Geheimat war, sagte sein Armut zu ihm: „Engelbert, mein teurer Peperplumski, mußt heiraten!“

Als nun Engelbert vierzig Jahre alt und auf dem besten Wege zum Geheimat war, sagte sein Armut zu ihm: „Engelbert, mein teurer Peperplumski, mußt heiraten!“

und als man ihn wegen seines Erfolges lobte, sagte er: „Och!“ Und sein Vater sagte: „Wer hätte das nicht vorhergesehen!“

Als nun Engelbert vierzig Jahre alt und auf dem besten Wege zum Geheimat war, sagte sein Armut zu ihm: „Engelbert, mein teurer Peperplumski, mußt heiraten!“

Als nun Engelbert vierzig Jahre alt und auf dem besten Wege zum Geheimat war, sagte sein Armut zu ihm: „Engelbert, mein teurer Peperplumski, mußt heiraten!“

Als nun Engelbert vierzig Jahre alt und auf dem besten Wege zum Geheimat war, sagte sein Armut zu ihm: „Engelbert, mein teurer Peperplumski, mußt heiraten!“

Als nun Engelbert vierzig Jahre alt und auf dem besten Wege zum Geheimat war, sagte sein Armut zu ihm: „Engelbert, mein teurer Peperplumski, mußt heiraten!“



